I. Vorwort

1. Der französische Nationalstaatsgedanke und der multiethnische Staat Ungarn

Ohne die zweifellos großen Verdienste des Gedankengutes der Französischen Revolution herabsetzen zu wollen, hat mit der Verkündung der Nationalstaatsidee, das heißt des Grundsatzes, dass staatliche Gewalt ihre Legitimität nur im Willen einer Nation finden dürfe, Staat und Nation sich also decken müssen, Q1 Kräfte des Nationalismus entfesselt, die sich nach den Religionskriegen vergangener Epochen für die Menschheit zu einer neuen Geißel entwickelte und gerade in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts insbesondere die Völker Europas und ihre Zivilisation an den Rand des Abgrunds brachte.

Den Weg für jene Entwicklung hatte nicht zuletzt die Nationalitätenpolitik des alten Ungarn vorgezeichnet,¹ das wohl beispielhaft als ein völkisches „Experimentierfeld“ anzusehen ist, auf dem die von Heinrich Zillich folgendermaßen charakterisierte Situation gegeben war: „Mit der nationalstaatlichen Idee stürzte sie [die Französische Revolution] die östlichen Mischgebiete in die Gefahr einer neuartigen Tyrannei, die ganzen Völkern deren heiligste ... Güter rauben will, die Muttersprache, die Kinder, das Volkstum ...“² Q2

Gemeint ist jene Tyrannei des auf Assimilation fremden Volkstums ausgerichteten magyarischen Nationalismus, der in seiner extremsten Artikulation auch die Selbstvernichtung der ihn tragenden herrschenden Schicht in Ungarn voll in Rechnung zu stellen scheint, wenn 1918 der ungarische Staatsmann Graf Stefan Tisza den Autonomieforderungen einer serbisch-bosnischen Abordnung gegenüber ausrief: „Mag sein, dass wir [die in Ungarn herrschenden Magyaren] zugrunde gehen, aber vorher werden wir noch die Kraft haben, euch zu zermalmen.“³ Q3

Auch diese Worte bringen sicher zum Ausdruck, dass Nationalgefühl in selbstzerstörerische Verblendung umkippen kann. Q4

Schon Stefan Széchenyi, der den Magyaren den Weg zur nationalen Selbstbehauptung in maßgeblicher Weise geebnet hat, soll in seinen Selbstzweifeln mit der Möglichkeit gerechnet haben, sein Volk dadurch Konflikten zuzuführen, deren Ausgang ein vernichtender sein könnte. Q5

Die französische Revolution hat, so die Südungarische Reform, eine neue Idee gereift; die Idee der nationalen Selbständigkeit, welche die Basis der modernen Politik eines jeden Staates bildet. Q6

¹ Fußnoten zu I: 1-31, siehe S. 25-35

Nach Ansicht des im Elsass beheimateten Publizisten Martin Graff könne das strikt angewendete „französische Modell“, da es sich auf eine einzige Sprache stützt, um den Einheitswillen der Nation zu demonstrieren, die Welt in Feuer und Flammen tauchen“, insbesondere dann, wenn ein Staat, wie Ungarn, aus mehreren Sprachgruppen besteht. Q7

Und Golo Mann spricht von einem sich für den südosteuropäischen Raum katastrophal auswirkenden unseligen Irrtum Europas, den französischen Sonderfall des Nationalstaates für einen nachzuahmenden Modellfall zu halten. Q8

So schuf, wie der ungarisch-schweizerische Publizist Andreas Oplatka⁴ bemerkt, die Forderung des modernen Nationalismus nach abgerundeten, die eigene Ethnie einschließenden Staatsgebieten unter den besonderen Siedlungsverhältnissen und politischen Strukturen der Region unvermeidlich Gegensätze. Zum Fluch für die Ostmitteleuropäer wurde dann im 20. Jahrhundert der Nationalstaat. Q9

Ebenso betont Herfried Münkler, Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, dass das im Westen über Jahrhunderte gewachsene Nationalstaatsmodell sich nicht ohne weiteres auf den Osten übertragen ließ und dort eine Politik der Diskriminierung oder gar Vertreibung ethnischer und nationaler Minderheiten bewirkte.⁵ Q10

Die Identifikation des Staatsvolks mit dem Staat als konstitutives Merkmal des modernen Nationalstaats, so Gerhard Seewann, musste also überall dort spezifische Konflikte auslösen, wo Nation und Staat im Sinne dieses Prinzips und im Rahmen nationaler Erweckungsbewegungen ethnischer Gruppen nicht miteinander zur Deckung gebracht werden konnten, wie das in multinationalen Imperien, wie der Habsburgermonarchie und somit auch des historischen Ungarn, notwendig der Fall war. Q11

Es sind diese in jüngster Zeit erneut gemachten unglücklichen Erfahrungen der Menschen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, die auch Snezana Bogavac, Korrespondentin der Belgrader Nachrichtenagentur Beta in Berlin, bewegt hat, ebenso für die politisch-territoriale Neuordnung der multiethnischen Balkanregion nationalstaatliche Lösungen abzulehnen.⁶ Q12.

Zu erwarten ist dann wohl, dass gerade Regionen, die jenen aus der Unvereinbarkeit des Nationalstaatsprinzips mit den tatsächlichen ethnischen Gegebenheiten resultierenden Spannungen ausgesetzt waren, Persönlichkeiten hervorbrachten, die zukunftsweisende, in Richtung auf die heute zumindest teilweise verwirklichte Konzeption eines vereinten Europa führende politische Denkanstöße gaben, wie beispielsweise der siebenbürgisch-sächsische Abgeordnete des ungarischen Reichstages Rudolf Schuller. Er sagte, wie der Pester Lloyd im Jahre 1908 meldet, in Anspielung auf die Gedanken des Barons Bánffy zur ungarischen Nationalitätenpo-

litik: „... wer bürgt dem Baron Bánffy dafür, dass der nationale Gedanke, der nun schon seit mehr als einem Jahrhundert die Staaten beherrscht, nicht einem neuen Gedanken Platz mache, etwa dem Gedanken des Zusammenschlusses der eine kulturelle Mission erfüllenden Staatsgebilde auf irgendeiner Grundlage, die jedenfalls geeignet sein kann, den Bestand der einzelnen Staaten zu sichern. ...“ Q13

2. Die europäische Integrationsidee:

a) Sie überwindet die Verirrungen des Nationalstaatsgedankens.

Es wird verständlich, dass mit dem Hinweis auf die besondere Verantwortlichkeit des vielsprachigen Ungarn für die Bewahrung des Völkerfriedens in der österreichisch-ungarischen Monarchie gerade auf ungarischem Boden 1882 die prophetische Frage gestellt wurde: „Soll Europa erst nach namenlosem Unglück zu der Erkenntnis ... gelangen, dass ... die volle ... Anerkennung des Rechtes der Nationalität unentbehrlich für die Sicherheit und den Frieden der Staaten sei?“

Als aber diese Mahnung unbeachtet blieb und der Geist der Worte Zillichs nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes einen seiner Höhepunkte erreichte mit der Vollstreckung jenes den Deutschen Südosteuropas und insbesondere des östlichen Mitteleuropas geltenden Urteils, das der gesamten Ungarndeutschheit für ihre „sündhafte“ Politik Kollektivverantwortung anlastet mit der Konsequenz: „Es gibt keine Gnade [für die Ungarndeutschen] ...!“ (so Imre Kovács in der ungarischen Zeitung „Szabad Szó“ vom 20. April 1945), da ist es verständlich, dass sich gerade die Deutschen, nicht zuletzt die heimatvertriebenen Ungarndeutschen, auf Grund ihrer Erfahrungen mit einem unduldsamen Nationalismus und wegen des auch in ihrem Namen begangenen Unrechts gegenüber anderen Völkern, berufen fühlten, die Verirrungen des Nationalstaatsgedankens überwinden zu helfen.⁷

So sieht der Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Wurzel der europäischen Integrationsidee nicht im Kalten Krieg, sondern in den „grausamen Lehren der verheerenden Nationalismen.“⁸ Q16

Auch Günter Verheugen sieht in der Politik der europäischen Einigung die Antwort auf die Katastrophen der europäischen Geschichte Q17; für die nur ein Beispiel jene historischen Erfahrungen einer deutschen Minderheit sind, die die im Oktober 2009 mit dem Literaturnobelpreis geehrte, aus dem rumänischen Banat stammende, seit 1987 in Berlin lebende deut-

sche Schriftstellerin Herta Müller in ihrem Werk verarbeitet; angetrieben von dem Bewusstsein, durch ihren Vater, einem SS-Mann, als Trägerin eines schrecklichen Erbes, selbst in die Geschichte der Täter eingebunden zu sein.⁹ Q18

Und Rudolf Lill, Professor für Italienische Geschichte an der Universität Bonn, betont: „Die Gründerväter Europas nach 1945 waren fast alle vor 1890 geboren und hatten also schon den Ersten Weltkrieg als Erwachsene erlebt. Daher wussten sie, dass nicht das nationalsozialistische Deutschland allein für die Katastrophe Europas verantwortlich war, sondern der Nationalismus insgesamt.¹⁰ Ihn wollten sie überwinden – und damit auch die absolute Souveränität der Nationalstaaten ...“ Q19

In entsprechender Weise erklärte Simone Veil, von 1979 bis 1982 Präsidentin des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments: „... der Wille zum Mitgestalten und insbesondere das Engagement für die europäische Einigung waren in dieser Generation eine geradezu zwingende Konsequenz aus der Entschlossenheit, „nie wieder“ einen Absturz in die Barbarei zu dulden und der Selbstzerstörung Europas ein für allemal einen Riegel vorzuschieben. Es ist deshalb wiederum kein Zufall, dass viele Pläne für ein gemeinsames Europa im Widerstand gegen die Nationalsozialisten entstanden sind ...“ Q20

Im Gedenken an den bevorstehenden Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 90 Jahren schreibt die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“: „Dass wir heute in einem größtenteils friedlichen, zivilisierten Europa leben können, haben wir – horrible dictu – auch diesem Krieg und seinen Toten zu verdanken ...“ Q21

Der Soziologe Ulrich Beck und der Politikwissenschaftler Edgar Grande konstatieren in diesem Zusammenhang: „Das kosmopolitische Moment – die verfeinerte Wahrnehmung des kulturell Anderen – ist aus der totalen Erschöpfung verübter und erfahrener Grausamkeiten entstanden, aus dem Nachdenken über den Gedanken an das unermessliche Leiden und die unermessliche Schuld, die das nationalistisch-kriegerische Europa über die Welt gebracht hat. Dies hat Europa nach den verinnerlichten Maßstäben der Selbstkritik sensibler gemacht, offener und zugleich unerbittlicher im Streit für eine unkriegerische, nachreligiöse Humanität ...“ Q22

So waren gerade auch die Erfahrungen seiner Familie während des Zweiten Weltkrieges entscheidend für das engagierte europapolitische Wirken des luxemburgischen EU-Ratspräsidenten Jean-Claude Juncker. Q23

Auch Ute Frevert, seit 1997 Professorin für Allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld, bekennt, dass der europäische Einigungsprozess seinen wichtigsten Impuls in dem Bestreben nach Überwindung jener Feindbilder und antagonistischen Rivalitäten gewann, die

Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in eine Spirale der Gewalt und Selbstzerstörung gestürzt hatten. Andererseits, so Frevert, sei aber nicht zu übersehen, dass ohne den massiven Druck von Osten und Westen die Energie und Beharrlichkeit, mit denen seit den 1950er Jahren an der Einigung Westeuropas gearbeitet wurde, nicht denkbar gewesen wären, zumal der Friedenswille allein wohl kaum ausgereicht hätte, ein Institutionengeflecht zu errichten, das heute den ebenso trag- wie ausbaufähigen Grundstock der Union bildet. Q24

Noch entschiedener hebt Arnulf Baring den Einfluss Amerikas (USA) auf den sich in Europa nach 1945 vollziehenden Friedensprozess hervor, wenn er u. a. betont: „Die Beendigung der europäischen Konflikte ist weniger das Ergebnis eines „Lernens“ aus der Katastrophengeschichte als vielmehr die Folge amerikanischer Übermacht. Die alte europäische Frage – herrscht auf dem Kontinent ein Gleichgewicht der Mächte oder die Hegemonie einer von ihnen? – wurde gelöst durch das Hinzutreten eines übermächtigen Dritten ...“ Q25

Eine Neuordnung Europas wird nun nicht, in Analogie zur magyarischen Politik in Ungarn, anstreben dürfen, nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika die nationalen Eigenarten zu absorbieren, da, wie die europäische Geschichte allein am Beispiel Ungarns erwiesen hat, die Nationalität als Lebenswirklichkeit in unserem Kontinent bestehen bleiben wird.¹¹ Q26

So ist auch gegenwärtig in vielen Teilen Europas – ob in Spanien, Frankreich, Rumänien, in neuester Zeit beispielsweise auch in der Ukraine mit ihrer durch ethnische Probleme belasteten Beziehung zu Russland oder anderen Gebieten – zu beobachten, dass Religion oder Rasse, Sprache oder Volkszugehörigkeit, kulturelle Traditionen oder sozial und historisch bedingte Eigenart zahlenmäßig unterlegener Gruppen ständig Anlass zu Auseinandersetzungen mit Mehrheiten liefern.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa in Gang gesetzte Integrationspolitik habe zwar das nationalstaatliche Ordnungsmodell im Grundsatz beibehalten, wie der Historiker Herfried Münkler betont: „Die Auflösung scharf ausgebildeter politisch-kultureller Identitäten galt [aber] als Königsweg zur Überwindung der europäischen Belligerenz.“ Q27

b) Charles de Gaulles „Europa der Vaterländer“: Das vereinte Europa schützt die Identität seiner Völker

Die europäische Integrationspolitik wird darauf bedacht sein müssen, nach den Worten des französischen Staatsmannes Charles de Gaulle ein „Europa der Vaterländer“, also einen europäischen Nationalitätenbundesstaat zu schaffen,¹² ganz im Sinne jener politischen Grundhal-

tung der Siebenbürger Sachsen, die in der Annahme der fremden magyarischen Staatssprache als Muttersprache eine „patriotische Pflicht“ nicht anerkennen will,¹³ sondern vielmehr in dem Streben nach „Frieden und Eintracht zwischen den Söhnen des Vaterlandes Ungarn“ Q28, entsprechend der von Alexander Solschenizyn in seiner Nobelpreisrede von 1972 getroffenen Feststellung: „... Die Nationen sind der Reichtum der Menschheit.¹⁴ ... Noch die geringste unter ihnen hat ihre besonderen Farben und trägt in sich eine Facette des göttlichen Planes.“ Q29

Auf Europa bezogen äußert sich Ute Frevert in entsprechender Weise: „... eine transnationale europäische „Leitkultur“, die von niemandem gewollt wird, täte der Vitalität und Attraktivität dieses Kontinents Abbruch, der wie kein anderer durch seine auf kleinstem Raum konzentrierte Vielfalt und Diversität besticht ...“ Q30

"Gerade Europa bezieht seine Kraft und schöpferische Spannung aus seiner in staatliche Grenzen gefassten, inneren Verschiedenheit. Wenn es seine Sprachen durch die Angloamerikanische ersetzt, ginge dieses Kapital verloren ... Q31, " schreibt der Pester Lloyd vom Februar 2007.14a

Es kann sich also heute hinsichtlich der zu kreierenden größeren, weit über den Rahmen des historischen Ungarn hinausgreifenden politischen Einheit eines vereinten Europa nicht darum handeln, eine Nivellierung der nationalen Identitäten der Völker Europas, deren Vielzahl ja gerade den Reichtum unseres Kontinents ausmacht, anzustreben.

So beruht die Legitimität der Europäischen Union auf den gleichgerichteten Interessen ihrer Mitgliedsländer, nicht aber im selbstbestimmten Willen eines europäischen Staatsvolkes, da ein europäisches Volk politisch nicht existiert. Die europäische Einigung vollzieht sich vielmehr in der Konsequenz übereinstimmender Interessen Selbständiger. Q32

Entsprechend äußert sich Václav Klaus, derzeitiger Präsident der Tschechischen Republik: „Europa ist nur ein Länderkonglomerat und wird es zum Glück noch lange bleiben, und von einem authentischen europäischen „Volk“ kann keine Rede sein ...“ Q33

„... Für die Rechtswissenschaft gibt es ... kein europäisches Volk als solches, im Sinne eines ethnologischen, kulturalanthropologischen oder historischen Volksbegriffs ... [Es gibt] nur das Volk des Herrschaftsverbandes Europäische Union ... Das Volk der Europäischen Union ersetzt nicht die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, sondern tritt neben sie“, Q34, so Thomas Schmitz, Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen.

Auch nach Ansicht László J. Kiss', Professor an der Budapester Anrássy Universität, ist die ständige Wechselwirkung zwischen nationaler und europäischer Politik, zwischen Eigeninteresse und Gemeinsamkeit der Mitgliedsstaaten das prägende Grundmuster der Europäi-

schen Union, die daher nie eine einheitliche Supermacht nach amerikanischem Vorbild werden könne. Q35

Die Süddeutsche Zeitung spricht von der Europäischen Union als einem komplizierten, ständig in der Entwicklung begriffenen, wahrscheinlich nie fertigen Gebilde, das kein Staat sei, es auch niemals werde und mit den USA unvergleichbar sei. Q36

Bundeskanzlerin Angela Merkel zitierte bei ihrem Besuch in Budapest im September 2007 den ungarischen Schriftsteller György Konrád, der anlässlich der Verleihung des Karlspreises im Jahre 2002 betonte, Europa sei „ein Prozess, eine Aktion, eine Unternehmung, Etwas das in Bewegung ist.“ Q37

Auch für den österreichischen Politiker Erhard Busek, ehemaliger Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, ist Europa ein noch lange nicht abgeschlossener Prozess. Q38

Ebenso sieht der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano in der Europäischen Union ein noch nicht abgeschlossenes „grandioses“ Experiment. Dieses Prozesshafte und Offene sei gerade das Gute an der Union. Q39

Und Heinrich August Winkler, der Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin lehrt, betont: „... Utopisch ist auch die Ausrichtung an den Vereinigten Staaten: Diese sind eine Nation von Immigranten, die Amerikaner werden wollten. Europa wird keine Nation werden, weil noch immer das Wort des Historikers Hermann Heimpel gilt: „Dass es Nationen gibt, ist historisch das Europäische an Europa. Daher wird die EU auch kein Bundesstaat werden. ...“^{14b} Q40

Auch die ehemalige österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner äußert die Überzeugung, dass wegen der Identitätsstärke der einzelnen Nationalstaaten Europa sich nicht zu einem Bundesstaat entwickeln könne, dass es vielmehr eine Union von souveränen Staaten bleiben werde. Q41

Und der französische Philosoph André Glucksmann betont: „Die europäischen Nationen ähneln sich nicht, deshalb kann man sie nicht verschmelzen. Was sie verbindet ist nicht eine Gemeinschaft, sondern ein Gesellschaftsentwurf. Es gibt eine europäische Zivilisation, ein westliches Denken. ... Ein europäischer Föderalstaat, eine europäische Konföderation ist ein Fernziel, das in der Abstraktion verharrt. Sie anzustreben halte ich für eine falsch gestellte Aufgabe.“ Q41a

Die Europäische Union, so Günter Verheugen, sei kein Staat und könne deshalb auch nicht wie ein Staat handeln. Sie sei vielmehr eine Union von Staaten, die sich verständigen müssen. Q42

Diese Union bleibe ein Projekt von souveränen Staaten, bei dem immer nur so viel Fortschritt möglich sei, wie die „Klubmitglieder“ erlaubten. Q43

Nach einer in der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ geäußerten Ansicht werden in der Europäischen Union die Nationalstaaten somit nicht verschwinden¹⁵, selbst dann nicht, wenn sie, wie es gegenwärtig der Fall ist, in ihrer Souveränität durch diverse internationale Verpflichtungen, durch das Delegieren nationalen Souveränitätsrechtes an eine supranationale Institution beschränkt sind. Q44

So bezeichnet Christoph von Marschall die Europäische Union als Zwitter aus supranationaler Organisation und auf sich bedachten Nationalstaaten. Q45

Nach einer der Tageszeitung „Die Welt“ zu entnehmenden Formulierung sei die Europäische Union eine Gemeinschaft von nationalen Staaten, die beschlossen haben, einige Aufgaben föderal auszuführen, und nicht ein föderaler Staat im Werden, der sich mit allen Gebieten der Politik befasst. Q46

Und Peter Koslowski, Kulturwissenschaftler am International Center for Economic Research in Turin, definiert die Europäische Union, staatstheoretisch ohne Beispiel, als übernationales Gebilde aus Nationen, die noch weit davon entfernt seien, zu einer einzigen Nation zu verschmelzen, und die das auch gar nicht wollten. Q47

Somit strebt die Europäische Integrationspolitik also keinen Nationalitätenbundesstaat an, wie ihn noch Charles de Gaulle propagierte (vgl. S. 5), sondern einen Staatenbund, einen lockeren Verbund, der den einzelnen Nationen und Völkern zumindest einen Großteil ihrer Freiheiten lässt.^{15a} Q48

„Die Europäer haben sich zur Koordination ihrer Politik entschlossen; sie können dabei aber auch nationale Interessen berücksichtigen und anerkennen“, betont der Soziologe Ulrich Beck. Q49

Bezüglich des sich entwickelnden Europa lehnen der Soziologe Ulrich Beck und der Politikwissenschaftler Edgar Grande ohnehin das Denken in herkömmlichen Staatsbegriffen ab und sprechen vielmehr von einem kosmopolitischen europäischen Empire^{15b}, da es wie alle Imperien ein multi-nationales, multi-ethnisches und multi-religiöses Herrschaftsgebilde ist, sich aber im Unterschied zu früheren Imperien nicht durch größere Homogenität auszeichnet und nicht durch Gewalt begründet und aufrechterhalten wird, sondern gerade durch die uneingeschränkte Akzeptanz von Andersartigkeit, der Vielzahl und Vielheit unterschiedlicher nationaler Kulturen und Identitäten, die nicht einer einheitlichen „europäischen“ Kultur unterworfen werden können. Q50

So sei die Europäische Union ein Empire, das im Kern auf dem Konsens und der Kooperation der Staaten, auf der freiwilligen Vereinbarung basiere. Q51

Es wird sich demzufolge auch darum handeln, einer häufig in den Medien angesprochenen, aber ebenso in der Neujahrsansprache des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel thematisierten, durch die Globalisierung bedingten Erscheinung kulturellen und ethnischen Identitätsverlustes, dem nicht mehr nur kleinere Völker ausgesetzt sind, dem sich vielmehr in zunehmendem Maße offenbar die gesamte Menschheit kaum noch entziehen kann, entgegenzuwirken.¹⁶ Q52

Und Repräsentanten der neuen ungarischen „sozialdemokratischen“ Partei MSZP¹⁷ erklären bezüglich der sich zunehmend entwickelnden Globalisierung, dass der Staat auch die Pflicht habe, die nationale Identität zu verteidigen und einen kulturellen Protektionismus zu vertreten. Q53

In diesem Zusammenhang betont der in Wien und Budapest lehrende Politologe Josef Bayer: „... eine noch größere Herausforderung als der historische Nationalismus es gewesen ist, [ist] ... der rasant fortschreitende Prozess der Globalisierung. Unter Globalisierung ist hier nicht nur die wachsende wirtschaftliche Verflechtung der Völker und Nationen gemeint, sondern sie hat auch ihre politischen und kulturellen Dimensionen ... Vor allem unterläuft die Globalisierung das Primat der nationalen Identität ... Jetzt bangen nicht nur Ungarn um ihren möglichen Untergang im Strudel der Geschichte ..., sondern auch große Nationen z. B. wie die französische ...“ Q54

So ist, wie die Süddeutsche Zeitung vom Oktober 2004 schreibt, ein demokratisches und leistungsfähiges Europa auch nach Einschätzung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und seines tschechischen Amtskollegen Stanislav Gross die beste Gewähr dafür, dass die nationalen Besonderheiten auch im Zeitalter der Globalisierung bewahrt werden können. Die Europäische Einigung und die nationale Eigenständigkeit seien demnach keine Gegensätze, sondern die zwei Seiten einer Medaille. Q 55

Der Schweizer Historiker Urs Altermatt, der in der Schweiz, in der die unterschiedlichsten Kultur- und Sprachgemeinschaften ein gemeinsames, auf rein politischer Ebene basierendes Kollektivbewusstsein entwickelt haben, ein Modell für die zu schaffende politische Einheit Europa erblickt, warnt in diesem Zusammenhang, nicht zuletzt auch in Anspielung auf die vor dem Hintergrund der menschlichen Tragödie die das nationalstaatliche Denken gerade im 19. und noch mehr im 20. Jahrhundert in Ungarn und in Europa im allgemeinen verursacht hat, vor einer Vermischung der verschiedenen Bedeutungsebenen des Wortes Volk, also dem rein politischen Demos-Begriff und dem die Abstammung bzw. die Kultur und Sprachgemeinschaft betonenden Ethnos-Begriff. Wörtlich meint Altermatt: „Wo ‘Demos’ und ‘Ethnos’ gleichgesetzt werden, führt dies zu Zwangsassimilation und Unterdrückung oder zu Vertrei-

bung und Völkermord. Wenn die politische Staatsbürgerschaft an ethnische, kulturelle oder religiöse Voraussetzungen gebunden ist, werden einzelne Teile der Gesamtbevölkerung unweigerlich diskriminiert.“ Q56

c) Gedanken zur europäischen Dimension der Identität der Bürger Europas

Somit bringt Altermatt seine Überzeugung hinsichtlich der aktuellen Europapolitik wie folgt zum Ausdruck: „Aus der europäischen Integration kann niemals eine „Nation Europa“ entstehen.¹⁸ Wahleuropa wird die Gestalt eines föderativen und vielsprachigen „Nationalitätenstaates“ annehmen müssen, der die einzelnen Staaten und Nationen in einem Staatenbund oder Bundesstaat zusammenfasst. Das föderative Modell schließt keineswegs aus, dass sich die Bürger staatsbürgerlich mit der neuen Gemeinschaft identifizieren.¹⁹ Das setzt allerdings voraus, dass die Europa-Bürgerschaft die kulturelle Vielfalt des Kontinents anerkennt und streng zwischen dem politischen und kulturellen Bereich unterscheidet ...“ Q57

Nach Ansicht von Thomas Schmitz, Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, wird sich im 21. Jahrhundert eine Mehrfachidentifikation der Bürger Europas herausbilden, ein Zugehörigkeitsgefühl nicht nur zum Staat, sondern auch zum lokalen, regionalen und europäischen Verband. Q58

d) Die Europäische Union: Kein „Superstaat“, sondern eine Föderation gleichberechtigter Nationalstaaten.

Auch in der Süddeutschen Zeitung wird die Überzeugung geäußert, dass es wohl niemals einen europäischen Nationalstaat geben könne. Q59

Die Europäische Union könne sich also nur auf ein Europa stützen, das sich politisch und nicht ethnisch-kulturell definiert und die voluntaristische Abstimmungs- und nicht die vorgegebene Abstimmungsgemeinschaft zur Basis erklärt. Q60

Diese Gedanken Altermatts entsprechen sicherlich u. a. auch dem politischen Bekenntnis des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, der sich am 4. April 2001 in seiner Rede vor dem Europaparlament in Straßburg für eine europäische Verfassung mit föderativem Charakter aussprach, die festlegen sollte, dass aus unserem Kontinent kein „Superstaat“, sondern eine „Föderation der Nationalstaaten“ wird. Q61

In entsprechender Weise äußerte sich Johannes Rau auf dem europäischen Bankenkongress in Frankfurt am Main im November 2002. Q62

Ebenso betonte der Landesgruppenvorsitzende der CSU Michael Glos auf einer Klau-
surtagung in Kreuth im Januar 2003, dass Europa sich von der Bundesstaats-Vision verab-
schieden und die künftige Europäische Union auf den Nationalstaat aufbauen, also nach föde-
ralen Prinzipien konstruiert werden müsse, da nach Aussagen namhafter deutscher Staats-
rechtler für einen echten, auf einer Verfassung aufbauenden Staat das Band der bewussten
Zusammengehörigkeit fehle. Q63

In diesem Sinne habe sich bereits nach Ansicht des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut
Kohl die Vision von den Vereinigten Staaten von Europa nicht aufrechterhalten lassen, wenn
er erklärt: „Wir mussten erkennen, dass es eine Konstruktion analog zu den Vereinigten Staa-
ten von Amerika in Europa wegen der unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, nationalen Be-
sonderheiten nie geben wird.“ Q64

So sprach schon der Franzose Jacques Delors, von 1985 bis 1995 Präsident der Kom-
mission der Europäischen Gemeinschaft, ausdrücklich von einer „Föderation von National-
staaten“, die den realistischen Rahmen der Europapolitik bilden müsse. Q65

Auch der tschechische Politiker und Literat Jiří Gruša (vgl. S. 25) betont, es sei eine Il-
lusion zu glauben, dass die Entstehung eines seiner Ansicht aber nicht absehbaren Weltstaa-
tes, sich als unifizierender Prozess abspielen werde, zumal sich gegenwärtig eher die Erschei-
nung der Parzellierung registrieren ließe. Q66

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ registriert eine in vollem Gange begriffene Rena-
tionalisierung“ der Europäischen Union. Q67

In entsprechender Weise wird in der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ geäu-
bert: „Spätestens seit dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000 sind die Nationalstaaten reha-
bilitiert; EU-Europa wird sie nicht ersetzen ...“ Q68

„Es erkennt sie vielmehr an und integriert sie“ Q69, so Ulrich Beck und Edgar Grande.

In Budapest betonte auch der Historiker Heinrich Winkler, es sei wichtig, dass die Eu-
ropäische Union die Nationalstaaten nicht ersetze, sondern sie überdache, basierend auf den
Werten des Westens, die den Kern Europas ausmachten. Q70

Ebenso betonen Ulrich Beck und Anthony Giddens: „... Die Europäische Union sollte ...
nicht länger als eine „unfertige Nation“ oder als „unvollständiger Bundesstaat“ betrachtet und
missverstanden werden; vielmehr als ein historisch neuartiges kosmopolitisches Projekt. ...
Ein Europa, das beflügelt, kann nicht auf den Ruinen der Nationen erbaut werden. Der Fort-
bestand der unterschiedlichen Staaten ist die Voraussetzung eines kosmopolitischen Europa.
...“ Q71

Bezug nehmend auf die Verhandlungen über die Verfassung für die Europäische Union in Brüssel 2004 heißt es in einem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Artikel: „Zwischen den pathosbeladenen Bekenntnissen der Staats- und Regierungschefs zu Europa und ihren wirklichen, nationalstaatsbezogenen Interessen klafft eine beträchtliche Lücke. ...“ Q72

So wird beispielsweise von italienischer Seite das von Frankreich und Großbritannien unterstützte Streben Deutschlands nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, statt sich um einen solchen für die Europäische Union zu bemühen als „antieuropäische Politik“ gebrandmarkt und als ein sich Festfahren in „nationale Egoismen“ bewertet. Q73

„... Eine europäische Gesellschaft“, so Professor Hans Joachim Meyer, „gibt es trotz europäischer Integration noch nicht. ... Es dominieren der jeweilige nationale Rahmen und damit die je eigene geschichtliche Erfahrung, die Kategorien des jeweils vorherrschenden politischen Denkens und die je eigenen Interessen.“ Q74

„Der Handlungsraum, in dem sich politische Legitimität und Demokratie als Qualität einer Gesellschaft entwickeln können, ist nach wie vor der Nationalstaat ... Per Dekret lässt sich ein europäisches Bewusstsein, ein gemeinsames Gedächtnis, gar ein Wir-Gefühl nicht verordnen“ Q75, ist in entsprechender Weise der „Berliner Zeitung“ zu entnehmen.

Auch Aimars Demants, prominenter lettischer Publizist, 19a plädiert im Interesse Europas für die Erhaltung des Nationalstaates, da er die primäre politische Sozialisation leistet. Q76

„Europa ist unsere Gegenwart; jedenfalls zu einem guten Teil. Aber unsere Geschichte bleibt im Nationalen verwurzelt. Persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Traditionen, politische Optionen, kulturelle Orientierung und Alltagsvertrautheit beziehen sich in allen europäischen Ländern nach wie vor zuerst auf das Land, aus dem man kommt und in dem man lebt – wenn auch in unterschiedlicher Intensität“ Q77, so Ulrich Herbert, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau, der 1999 den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft erhielt.

Und in der Tageszeitung „Die Welt“ wird diese Gegebenheit, wie folgt kommentiert: „Wer heutzutage für Europa wirbt, muss immer stärker nationale Bedürfnisse befriedigen. Während die friedliche Einigung des Kontinents überall hoch geschätzt wird, wird Brüssel allmählich weniger als ein Wert an sich gesehen, sondern als ein Instrument der jeweiligen nationalen Interessen ... Die Renationalisierung muss wenn sie mit Kooperationsbereitschaft verbunden bleibt, kein Schaden sein.“²⁰ Q78

„Nationalismus war besonders in Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg stark stigmatisiert, die europäische Einigung diente vor allem in Deutschland als eine

Art Nationalismus-Surrogat.^{20a} ... Man muss sich von der Idee verabschieden, dass der Nationalstaat per se etwas Abschreckendes und Gefährliches sein muss, und es ist auch eine Illusion zu glauben, dass man den Nationalstaat einfach abschaffen kann. Die europäische Konzeption geht ja in jeder Variante vom Weiterbestehen der Nationalstaaten aus. Diese müssen durch ihre Zustimmung entweder im Parlament oder durch Volksentscheid festlegen, welche Teile ihrer Souveränität sie an die Europäische Union abtreten wollen und welche nicht. Es ist aber nie daran gedacht gewesen, dass alles an die EU abgetreten werden und ein europäischer Superstaat entstehen soll. Es wird auch in Zukunft eine ganze Reihe von Politikfeldern geben, die auf der nationalen Ebene viel besser aufgehoben sind als auf der europäischen, wie beispielsweise die Kulturpolitik ...“, Q79 so Franz Fischler und Christian Ortner.

Obwohl auch Jean Monnet, einer der Gründerväter der EU, in dem alten System der sich „belauernden“ Nationalstaaten die Quelle des Übels sah, schloss er aber daraus nicht, die Nationalstaaten abzuschaffen – die Vorstellung, dass Deutsche, Franzosen, Belgier, Niederländer oder Italiener ihre Nation abstreifen und eine gemeinsame bilden würden, hielt Monnet für abwegig –, sondern „so viele ausreichend breite Breschen in den Wall der nationalen Souveränität zu schlagen“, Q79a dass den Staaten gar nichts anderes als jene Einigkeit bleiben würde, ohne die es keinen Frieden gibt.

Es bleibt also selbst in der heutigen Zeit, in der man insbesondere nach den Katastrophen der Weltkriege vielfach den Nationalstaat als überwunden glaubte, wohl festzustellen, dass Europa, eben weil den europäischen Charakter die durch Sprache und Kultur geprägten Nationen ausmachen, sicherlich nicht gänzlich auf nationalstaatliche Strukturen verzichten will und kann. Q80

In diesem Sinne plädiert u. a. auch der ehemalige tschechische Premierminister Miloš Zeman in Anbetracht der Tatsache, dass der spezielle Charakter Europas auf seiner Vielfalt beruhe und deshalb eine totale Vereinheitlichung nicht wünschenswert sei, für einen föderalen Aufbau eines europäischen Staates. Q81

„Die Deutschen hatten ihren Nationalstaat ruiniert, aber daraus folgte noch nicht, dass der Nationalstaat schlechthin überholt und ein postnationales Zeitalter angebrochen war“, Q82 betont der Historiker August Winkler (vgl. S. 77).

Näher als Europa bleibe dem Bürger auch nach Ansicht des Verfassungsrichters a. D. Paul Kirchhof der vertraute Heimatstaat. Der Staat sei für den modernen Menschen unverzichtbar, da er allein in einer überschaubaren, bürgernahen Rechtsordnung die Menschenrechte garantiere, er die im Zusammenwirken von nationalem Recht, Europarecht und Völkerrecht immer komplizierter gewordene Rechtsordnung dem Bürger verständlich mache und in seiner Sprache vermittele. Q83

So wird es wohl, wie bereits erwähnt, lediglich darauf ankommen, dem Nationalstaat die absolute Souveränität zu nehmen (vgl. S. 4).

„Es gelte“, so der bereits mehrfach erwähnte, in München, London und Harvard lehrende Soziologe Ulrich Beck, „die nationalen Identitäten und Staaten nicht zu negieren, sondern durch weltbürgerliche Offenheit und Kooperation in verwandelter Souveränität neu zu begründen.“ Q84

Wie dem ungarndeutschen Wochenblatt „Neue Zeitung“ zu entnehmen ist, bekannten sich auch die Vertreter der nationalen Minderheiten der Nachbarländer Ungarns auf einem Treffen im kroatischen Osijek (Esseg) im Oktober 1990 zu dem von diesem Geist getragenen, wie folgt formulierten Grundsatz: „Der Weg zum vereinten Europa führt nicht über die allmähliche Auflösung der kleinen Nationen und Minderheiten, sondern über die Bewahrung und Pflege des europäischen ethnischen und kulturellen Erbes.“ Q85

Entsprechend gibt der Historiker August Winkler zu bedenken: „Europa wird nicht gegen die Nationen gebaut, sondern mit ihnen und durch sie. Das hat man im Westen Deutschlands lange anders gesehen.“ Q86

Als Lehre aus den Irrtümern der Nationalitätenpolitik vergangener Tage, für die jene im historischen Ungarn nur ein Beispiel ist, wird also im Interesse eines in Zukunft friedlichen Zusammenlebens der Völker und Volksgruppen wohl die folgende Erkenntnis die Richtlinie des politischen Handelns sein müssen: „Es wird immer wieder vergessen, dass der Staat nur eine dienende Ordnungsfunktion hat, und sein oberster Zweck ist, das Zusammenleben seiner Bürger zu ordnen, die Lebensinteressen aller seiner Bürger zu fördern und so Freiheit und Recht dem einzelnen gleich wie den verschiedenen Teilen seiner Bevölkerung zu sichern.

Von der Natur und dem Leben her vorrangig vor dem Staat ist aber immer das Volk. Und so hat auch die Volkstreue letztlich Vorrang vor der Loyalität gegenüber dem Staate, wenn dieser eine Volksgruppe in ihrer Existenz bedroht. Vernünftige Staatenführer versuchen daher, zwischen Treue zum Volk und Loyalität zum Staate keinen Gegensatz entstehen zu lassen, indem sie die natürlichen Rechte der einzelnen Volksgruppen achten und ihre Entwicklung sichern ...“ Q87

Aus der folgenden Fragestellung Hermann Lübkes spricht die Sorge vor einer möglichen Entwicklung hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses, die sich von den hier genannten Grundsätzen langfristig entfernen und zumindest in die Nähe des schon als überwunden geglaubten Nationalismus vergangener Tage rücken könnte: „Wird die künftige Europäische Union nach Recht und politischer Tendenz die überall in Europa revitalisierten Selbstbestimmungsansprüche der kleinen Völker und ihrer Regionen begünstigen und formieren oder zu domestizieren suchen?“ Q88

In diesem Zusammenhang erwähnt Hermann Lübke den Regionalismus, der jene Organisationsform für ein vereinigtes Europa beinhaltet, die kleine Nationen vor einem Majorisierungsdruck großer Nationen zu schützen vermag. Q89

Zur Bewahrung der Verschiedenheit und Eigentümlichkeiten der Nationalitäten fordert ein Europa der Regionen in einer zugleich überethnischen und föderalistischen Ordnung auch Peter Glotz und macht in diesem Zusammenhang auf historische und aktuelle Beispiele für personelle Autonomie aufmerksam, einer aus dem vielfältigen Völkergemisch des Donauraumes stammenden, am präzisesten von Karl Renner formulierten Idee, die dazu beigetragen hat, nationale Konflikte abzubauen, so in Mähren 1905²¹, in der Bukowina 1910, in Estland 1925, aber auch in Kanada, in Belgien, in Finnland und anderswo. Q90

Indirekt Bezug nehmend auf die Vorwürfe aus den Reihen des Europaparlaments, Giscard d'Estaings Entwurf für eine EU-Verfassung vertrete nur die Interessen der großen Mitgliedsstaaten, mahnte der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau, dass es in einem neuen Europa beim gleichrangigen Miteinander von großen und kleinen Staaten bleiben müsse und niemand in Europa die Nummer eins sein oder werden wollen dürfe. Q91

Auch Altbundeskanzler Helmut Kohl erteilte in der Botschaft der Republik Ungarn anlässlich des Gedenkens zum 15. Jahrestag der Öffnung der ungarischen Grenze für DDR-Flüchtlinge den Plänen zu einem „europäischen Direktorium“ einzelner ausgewählter Länder eine Absage und mahnte: „Alle Länder Europas verdienen die gleichen Rechte.“ Q92

Und vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen, auch von ihr kritisierten „Achse Berlin – Paris“ innerhalb der Europäischen Union, spricht Annette Heuser, Leiterin des Brüsseler Büros der Bertelsmann-Stiftung, von dem Gebot der Gleichheit aller Mitgliedsstaaten, auf dem die Europapolitik der Zukunft aufbaue. Q93

e) **Würdigung der Europäischen Union als Frieden stiftendes Erfolgsprojekt**

Bezüglich der bisherigen politischen Entwicklung in Europa kommt Hermann Lübke zu der bemerkenswerten Schlussfolgerung: „Unbeschadet aller Schwächen und Vorläufigkeiten hat die Europäische Gemeinschaft schon jetzt eine weltgeschichtliche Leistung erbracht – sie hat die Aggressionspotentiale des Nationalismus in Westeuropa politisch entschärft, ja sie hat den Nationalismus, so scheint es, überwunden.“²² Q94

„Nach zwei selbstzerstörerischen Weltkriegen, ... ist die EU bei all ihren Unzulänglichkeiten gleichwohl ein vor 50 Jahren von niemandem erwarteter herausragender Erfolg ...“, Q95 so der Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt im Oktober 2004.

Und in der „Frankfurter Rundschau“ wird die europäische Integration als ein in der Geschichte unseres Kontinents beispielloses Erfolgsprojekt gewürdigt. Q96

In diesem Sinne schreibt die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ vom August 2009: „Die EU hat seit ihrer Gründung Unglaubliches geleistet: einen Flohhaufen aus heute 27 Nationalstaaten, die sich jahrhundertlang bekriegt haben, zu einem stabilen, handlungsfähigen Ganzen zu vereinen ...“ Q97

„Auch Rückschläge und Krisen ändern nichts an der Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft seit nunmehr über 50 Jahren als Stabilitätsanker nach innen und nach außen entscheidend zu Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und sozialem Frieden beigetragen hat“ Q98, so Jacques Santer, EU-Kommissionspräsident a.D.

„... Lassen wir die EU nur ihre eigenen Fähigkeiten entwickeln und sie dazu benutzen, ihre Nachbarn in die Integration einzubetten, so trägt sie schon erheblich dazu bei, schwierigste regionale und globale Probleme einer Lösung näher zu bringen“ Q99, betont Stephan Leibfried, der Politikwissenschaft an der Universität Bremen lehrt und dort den Sonderforschungsbereich Staatlichkeit und Wandel leitet.

Vor dem Hintergrund der am 1. Mai 2004 erfolgten Erweiterung der Europäischen Union und des EU-Wahlkampfes sprechen auch österreichische Politiker von der europäischen Integration als eines der erfolgreichsten Friedensprojekte. Es sei gelungen, eine Region des Friedens und der Stabilität zu schaffen, in der die Jugend ohne Kriegsgefahr aufwachsen und alle Chancen in Freiheit wahrnehmen könne. So habe die Erweiterung der Union ehemalige Gegner zusammengeführt. Q100

Ebenso verbindet der ungarische Schriftsteller György Konrád mit der Europäischen Union die Hoffnung auf das Ende der Epoche kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa wie es sie im 20. Jahrhundert gegeben hat. Q101

Auch nach Ansicht des ehemaligen ungarischen Staatspräsidenten Ferenc Mádl bestehe die wahre Bedeutung der europäischen Integration in der endgültigen Sicherung des Friedens der Völker Europas. Q102

Entsprechend gibt anlässlich des von der Budapester Deutschen Selbstverwaltung ^{22a} veranstalteten Europatages am 7. September 2003 der parlamentarische Beauftragte für die Minderheiten, Dr. Jenő Kaltenbach, seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union Frieden, Wohlstand für alle, Gerechtigkeit und Sicherheit bedeute, da die Union sich nicht auf Dominanz einer einzigen Kulturgemeinschaft, sondern auf eine Vielfalt von Kulturen gründe.²³ ganz im Sinne der Kopenhagen-Kriterien, Q103 die alle EU-Mitgliedstaaten verpflichten, den Schutz ihrer Minderheiten zu garantieren.²⁴ Q104

In diesem Sinne wurde bereits im Jahre 1953 beispielsweise seitens der ungarndeutschen Heimatvertriebenen der Europagedanke aufgegriffen und erklärt: „... Dann wird es in Europa nicht mehr als Ideal gelten, ‚ein Land eine Sprache‘, dann wird es nur mehr den Grundsatz geben, ‚ein Europa und viele Sprachen‘! Wir [heimatvertriebene Ungarndeutsche] werden dann unbehelligt, falls es einmal eine Rückkehr geben sollte, auch in Ungarn unser deutsches Volkstum pflegen können, und dabei dem ungarischen Volk menschlich näher stehen als je zuvor.“ Q105

Um mit den Worten Stefan Ulrichs zu sprechen, steht das Europa rivalisierender Nationalstaaten für Elend und Krieg – das geeinte Europa hingegen für Wohlstand und Frieden. Q106

Und speziell hinsichtlich der Geschichte der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn spricht Wilhelm Droste von Europa als dem besten Medikament gegen die in Berlin und Budapest gleichermaßen gegebene chronische Anfälligkeit nationalen Sehvermögens. Q107

Zudem gibt Ute Frevert zu bedenken: „Gerade in Ostmittel- und Südosteuropa, das nach dem Zerfall des Sowjetimperiums eine beispiellose Renaissance der Nationalstaaten und des Nationalismus erlebte, scheint ein Modell des politischen Ausgleichs und der Konfliktminderung, wie es die EU verkörpert, überlebensnotwendig.“ Q108

Auch Václav Havel betont aus diesem Grunde die Notwendigkeit des Vorwärtsschreitens des historischen Prozesses der Integration. Es sei entscheidend, dass die Mittelosteuropäer (in der EU) „drinnen“ sind, denn dadurch werde neuen Nationalismen und Führern der Weg versperrt. Q109

Dieser Gedanke ist in entsprechender Weise, wie folgt, ebenfalls der Neuen Zürcher Zeitung vom November 2005 zu entnehmen: „... Die EU-Perspektive erweist sich in Bosnien

[laut Umfrageergebnissen wünschen sich knapp drei Viertel aller bosnischen Serben eine Mitgliedschaft in der EU] wie auch anderswo auf dem Balkan als höchst wirkungsvolles Druckmittel. Selbst Bosniens verbohrteste Nationalisten beugen sich solch äußerem Zwang. Zehn Jahre nach dem Ende von Europas verheerendstem Waffengang seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges könnte die friedensstiftende Bestimmung der Brüsseler Gemeinschaft nicht besser verdeutlicht werden. ...“ Q110

Und der Bosnjak (Muslim) Kemal Kurspahic, von 1988 bis 1994 Chefredakteur der bosnischen Zeitung „Oslobodjenje“ (Befreiung), betont, auf seine Heimat im ehemaligen Jugoslawien bezogen: „... Die vollständige europäische Integration der gesamten Region, also auch Bosnien-Herzegovinas, Kroatiens und Serbien-Montenegros, ist – dies mag ein Trost sein auch für die rigidesten Nationalisten – der einzige Weg zu einer Wiedervereinigung mit den „Brüdern“ in einem Europa ohne Grenzen“. ²⁵ Vor diesem Hintergrund wird noch klarer, wie antihistorisch und kriminell es war, für neue Grenzen zu töten auf einem Kontinent, wo Grenzen keine Bedeutung mehr haben.“ Q111

„... Schon heute ist von Belgrad bis Ankara die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft der wesentliche Reformator. Oft ist er sogar stärker als der blinde Nationalismus ... Europa als Friedensprojekt: das mag ein bisschen antiquiert klingen, nach Nachkriegszeit und deutsch-französischer Aussöhnung. In Wahrheit ist es aktuell wie eh und je“, Q112 schreibt die Berliner Zeitung vom Mai 2009. ²⁶

So kommt Ute Frevert zu der Schlussfolgerung: „Wer Europa vor allem als Schauplatz kriegerischer Gewalt erinnert, wird das [europäische] Gemeinschaftswerk der letzten Jahrzehnte trotz aller Mängel positiv bewerten.“ Q113

„Das enge Miteinander in der EU führt zu besserem Kennenlernen, im Idealfall sogar zu mehr Verständnis ... Bestimmte Dinge tut man in Europa nicht mehr, weil sie unterhalb normaler europäischer Standards liegen. Davon profitieren vor allem ehemals diskriminierte Gruppen und Minderheiten“, Q114 so Günter Verheugen.

Darüber hinaus sucht die Politik der Europäischen Union die Mehrsprachigkeit zu fördern, ²⁷ und setzt sich schon damit in Kontrast zu den historischen Nationalstaaten, die, wie aus der folgenden Darstellung am Beispiel des ungarischen Stefansreiches hervorgeht, Nationsbildung nicht zuletzt durch eine restriktive Sprachenpolitik forcieren wollten. Q115

So habe, wie die Berliner Zeitung meldet, 2001 der Europarat den jährlich von 45 europäischen Ländern am 26. September begangenen Europäischen Tag der Sprachen ausgerufen, um den Niedergang kleiner Sprachen aufzuhalten und der Ausbreitung des Englischen zu Ungunsten der Sprachenvielfalt etwas entgegenzuwirken. ²⁸ Q116

f) Das multiethnische Reich der Habsburger Monarchie, Vorläufer des vereinten Europa?

Auf unseren Kontinent bezogen sieht somit auch Peter Glotz die wichtigste Organisationsform zur systematischen Beobachtung krisenhafter Entwicklungen in der Europäischen Union, die das zu leisten versuche, was früher die übernationalen Reiche zustande gebracht hätten. Q117

In diesem Zusammenhang spricht Otto von Habsburg von den „reichischen“ Traditionen, aus denen das künftige Europa weitgehend lebt und betont: „Da die europäische Einigung auf dem Boden des tragischen Endes des Nationalismus und der Nationalstaaten entstanden ist, bleibt ihr nichts anderes übrig, als dort anzuknüpfen, wo es übernationale Werte in unserer Geschichte gibt.“ Q118

Und der Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, der als einer der großen Anwälte der Sudetendeutschen gilt, spricht angesichts der Irrwege des Nationalismus von der „unaufhaltsamen geschichtlichen Rechtfertigung“ der übernationalen Staatlichkeit des Donaureiches Österreich-Ungarn. Q119

Nach Ansicht Otto von Habsburgs seien im vereinten Europa Spuren eines Gesellschaftsverständnisses zu finden, wie es auch das Habsburgerreich ausgezeichnet habe.^{28a} So habe Wien zu Zeiten der Monarchie lediglich den Rechtsrahmen gesetzt und sonst viele Freiheiten gelassen. Q120

In der Zeitung „Die Welt“ wird die Donaumonarchie als europäischster Staat bezeichnet, beispielsweise mit einem damals schon tatsächlich vorhandenen Gemeinsamen Markt, wie heute in der Europäischen Union. Q121

An dieser Stelle seien neue Forschungsergebnisse, vorgetragen auf einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Budapest Balassi-Institut für Ungarn-Studien, erwähnt, nach denen das Grundprinzip des Zusammenbringens der verschiedenen Teile des Habsburgerreiches klare Ähnlichkeiten mit der Struktur der Europäischen Union aufweise und Kaiser Ferdinand I. sowie sein Bruder Kaiser Karl V. schon Anfang des 16. Jahrhunderts über ein europäisches Konzept verfügt hätten. Q122

In diesem Zusammenhang bemerkt der ungarische Schriftsteller György Konrád angesichts des am 1. Mai 2004 vollzogenen Beitritts Ungarns zur Europäischen Union: „... In der k.u.k.-Monarchie lebten elf Völker ohne blutige Konflikte miteinander. Wir [Ungarn] kehren zurück zu unseren Erinnerungen.“ Q123

Aber nicht nur bei den Ungarn, sondern auch in der Lombardei, bei Slowenen, Rumänen, Polen und sogar bei den Tschechen scheint es derzeit angeblich eine Art Habsburg-Nostalgie zu geben.^{28b} Q124

Ebenso spricht der Schriftsteller Claudio Magris, Professor für deutsche Literatur in Triest, bezüglich des Habsburger Reiches von der für Europa lehrreichen Erinnerung an den Versuch eines übernationalen Staates. Ein wesentliches Kennzeichen dieses Reiches sei der Versuch einer möglichen Gemeinschaft verschiedener Kulturen und Völker in einem Staat. Q125

Primär auf die Region Galizien bezogen meint der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsh, der in Deutschland vor allem mit seinem Roman „Zwölf Ringe“ bekannt wurde und 2006 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Völkerverständigung erhielt: „Die K. u. K.-Multikulturalität war keine Idylle, sondern eine eher unfreundliche Koexistenz verschiedener Ethnien. Aber die K. u. K.-Monarchie war ein Stabilisierungssystem, das 1918 zerbrach. ...“ Q126

Und der 1881 geborene, aus dem Trentino, dem italienischsprachigen Teil des einstigen österreichischen Kronlandes Tirol stammende Alcide de Gasperi (von 1945 bis 1953 Ministerpräsident Italiens und einer der Gründerväter Europas) sei durchaus mit der Zugehörigkeit seiner Region zum übernationalen Österreich einverstanden gewesen. Q127

Andererseits beruht die hinsichtlich einer weiteren Vertiefung der Integration gegebene Europaspesis des derzeitigen tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, wie aus seinem im März 2005 geführten Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hervorgeht, nicht zuletzt auch auf den historischen Erfahrungen der Tschechen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Q128

Im Pester Lloyd des Jahres 2004 wird die Habsburgermonarchie als erstes Integrationsmodell bezeichnet. Q129

Auch Dietmar Willoweit, Emeritus für Deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht und Kirchenrecht an der Universität Würzburg und Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, betont, dass schon vor dem Ersten Weltkrieg Sozialisten wie Karl Renner, nach der Erkenntnis, dass das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Sprach- und Kulturgemeinschaften des Kontinents die Anerkennung ihrer jeweiligen Werte und Interessen voraussetzt, zu handeln bemüht waren und den habsburgischen Vielvölkerstaat als Modell nationenübergreifender Integration verstanden. Q130 (vgl. S. 15)

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass man den ungarndeutschen Banater Schriftsteller Adam Müller-Guttenbrunn (vgl. S. 551ff.), eben weil in seinem Romanwerk „Götzen-

dämmerung“ insbesondere durch die Schilderung der Rumänen in diesem „Kulturbild aus dem zeitgenössischen Ungarn“ der Gedanke vom „Zusammenwirken der Völker gegen die Bedrückung des magyarischen Chauvinismus thematisiert wird, eine europäische Grundhaltung zuerkennt, die natürlich in ihrer ersten und nächstliegenden Entfaltung eine großösterreichische gewesen ist. Q131

Und in der Heimatzeitung der Deutschen aus Ungarn „Unsere Post“ vom Mai 1989 wird der Gedanke ausgesprochen: „Das alte Habsburgerreich ist [zwar] unwiederbringlich verloren, sein tragender Geist hingegen ist wieder im Kommen ...“ Q132

So spricht auch der Pester Lloyd von der heute die Historiker einenden Erkenntnis, dass die Österreichisch-Ungarische Monarchie eine Art Vorläufer und ein teilweise erfolgreiches Modell der heutigen Europäischen Union gewesen sei. Q133

Der amerikanische Historiker Timothy Snyder beispielsweise sieht in der k.u.k. Monarchie das Vorbild für die europäische Integration: 28c „Die europäische Identität von heute transzendiert wie die „österreichische“ der späten Habsburgermonarchie die nationale Identität, schließt aber Nationalgefühl nicht aus. ...“ Q134

In seinem Werk „Der König der Ukraine“ führt Snyder dann detaillierter aus: „Anders als die Habsburgermonarchie ist die Europäische Union eine Assoziation selbständiger Staaten, die sich freiwillig dazu entschlossen haben, ihre Souveränitäten zusammenzulegen. Während die Habsburgermonarchie eine ungeordnete Ansammlung verschiedener historischer Entitäten mit jeweils unterschiedlichen Beziehungen zur Krone war, besteht die Europäische Union aus modernen Staaten, deren Beziehungen durch europäische Gesetze und die Verwaltungspraxis geregelt sind. ... So ist ein Vergleich zwischen der Habsburgermonarchie und der Europäischen Union bloß suggestiv.“ Q135

„Die Ähnlichkeiten allerdings sind real genug“, betont Snyder u. a. auch in Bezug auf seine vorangegangenen, erwähnten Überlegungen zur Identität. Q136

So spricht Snyder in diesem Zusammenhang von der Toleranz der Habsburger, der die Nationen als gleichwertig galten. Q137

„Das einzige Reich, das jemals den Geist Europas atmete, war das multinationale, von unterschiedlichen Geschwindigkeiten geprägte Habsburgerreich, in dem Nichtdeutsche nicht gezwungen wurden, sich als Deutsche neu zu erfinden“, Q137a, meint der Amerikaner Tony Corn, der als politischer Berater im diplomatischen Dienst des Außenministeriums der Vereinigten Staaten tätig war und im U. S. Foreign Service Institute in Washington DC unterrichtete, in Anspielung auf die von ihm wohl eher in polemischer Weise kritisierte Europa-Politik Deutschlands.

„In einer Zeit, in der sich Europa ... um Vereinigung bemüht, beraubt man sich einer wichtigen Erkenntnisquelle, will man die Geschichte des größten übernationalen Reichs in Europa zur Bedeutungslosigkeit herabwürdigen. ... Gerade bei den ... Debatten über europäische Bürokratie, über ein zweigeschossiges Europa und das Bedürfnis nach einer unabhängigen Position hat man Mühe, nicht an habsburgische Themen erinnert zu werden – an den Josephinismus, den Dualismus, die Monarchie als europäische Notwendigkeit. Kurz, die europäische Idee beschwört die sogenannte „österreichische Staatsidee“ herauf. Deswegen wären europäische Staatsmänner gut beraten, sich über das Schicksal der Habsburger Monarchie Gedanken zu machen. ... Wenn sich Europa heute vereinigen will, sollte man wenigstens aus ... [den] Irrtümern [der Habsburger] lernen können ...“, Q138 betont der Historiker Alan Sked.

Als eine „postimperiale“ Einheit, als ein politisches Gebilde neuen Typs, das es in dieser Art bisher nie gegeben habe (vgl. S. 8), charakterisiert der Philosoph Peter Sloterdijk die Europäische Union, deren Kraft aber nicht auf einer träumerischen Reichsidee, nicht auf patriotischer Massenbegeisterung beruhe, sondern auf demokratischer Willensbildung, auf der Teilnahme skeptischer Bürger. Q139

„Die Europäische Union ist als Ganzes eine Innovation und ohne Referenzmodell in der Geschichte“, Q140, so Fischler und Ortner.

„Europa wird leider nur als Negation begriffen, was es alles nicht ist: kein Staat, kein Volk, ... Uns muss endlich bewusst werden, was Europa ist, nämlich ein aus den Horrorszenarien der Weltkriege hervorgehender historischer Lernprozess“, so ein Gesprächsteilnehmer in einer Fernsehdiskussion vom 7. Februar 2007.

Hier sei auch dieser in der Süddeutschen Zeitung formulierte Gedanke angeführt: „... Das Scheitern jener Ur-Union inmitten Europas ließ nicht nur ein Reich untergehen“, sondern riss den Kontinent in seine fürchterlichste Katastrophe. Dessen eingedenk wollen nicht wenige die EU als echte Willensgemeinschaft annehmen, mit Habsburg als warnendem Beispiel.“ Q141

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Geschichte der ungarischen Nationalitätenpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts an Aktualität, da auch sie künftige Generationen verpflichtet, in Europa im Interesse einer dauerhaften Friedensordnung ein Wiederaufleben der Idee des nationalsoveränen Staates und des Nationalismus zu verhindern.

So fordert auch Peter Glotz von den Europäern eine entschiedene Absage an die Irrlehre der unbeschränkten nationalen Souveränität, die den „staatsführenden Völkern“ die Möglichkeit bietet, die anderen Nationen, die Minderheiten, die Schwächeren zu drangsalieren, zu korrumpieren, zu assimilieren, zu vertreiben und in vielen Fällen auch zu töten. Q142

Schon im Jahre 1919 betont der österreichische Nationalökonom Ludwig von Mises die Unvereinbarkeit des Nationalstaatsprinzips und des zur Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit führenden demokratischen Mehrheitsgrundsatzes mit den Freiheitsrechten der Bürger in national umstrittenen Gebieten und plädiert für die Übertragung aller Souveränität an eine demokratische Körperschaft, die ein vielsprachiges Gebiet regieren sollte, um die Instrumentalisierung des Staates für nationale Zwecke zu unterbinden. Q143

Zwar gehen die Anfänge des magyarischen Nationalismus bis in das 18. Jahrhundert zurück; dennoch konzentriert sich die folgende Darstellung im Wesentlichen auf die Zeit des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, da erst der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 dem Königreich Ungarn und den Magyaren eine größere innenpolitische Unabhängigkeit brachte und damit die Möglichkeit, die Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage im Sinne des magyarischen Nationalismus vorzunehmen.

So sieht auch Josef Volkmar Senz die Magyarisierung letzten Endes nur als eine Auswirkung jener deutschen Neuordnung, die nach der Schlacht von Königgrätz 1866 mit der Ausschaltung Österreichs aus der Gemeinschaft der deutschen Länder die kleindeutsche Einigung des deutschen Volkes in die Wege leitete. Durch einen nun notwendig gewordenen und überstürzten Ausgleich zwischen der Krone und Ungarn, der die Vorherrschaft der Magyaren in Ungarn anerkannte und somit die Nationalitäten, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes ausmachten, der nationalstaatlichen Verfügungsgewalt schutzlos auslieferte, wurde das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen überall in die Verteidigung seiner völkischen Rechte gedrängt. Q144

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht jener noch enger gefasste Zeitraum von 1883 bis 1907, in dem durch die Gesetzgebung die auf Entnationalisierung der nichtmagyarischen Volksgruppen im südosteuropäischen Raum ausgerichtete Politik der ungarischen Regierung am deutlichsten erkennbar wird. Da das Volkstum den augenfälligsten Ausdruck in der Sprache findet,²⁹ so wurde der Kampf für das Volkstum hauptsächlich ein Sprachkampf. Er griff auf die Schule über, denn sie sollte im Sinne jener, die die Amtssprache des Staates zur allgemeinen machen wollten, dazu in erster Linie mithelfen.

Deshalb hat meine Darstellung hauptsächlich die schulischen Verhältnisse Ungarns zum Inhalt, zumal sich die Forderungen der verschiedenen Nationalitätenparteien im Wesentlichen auf kulturelle Fragen und besonders auf die Freiheit des Unterrichts in der Muttersprache konzentrieren. Q145

Da die Schule und in engster Verbindung mit ihr die Kirche³⁰ als die Stützen der nationalen Existenz der dortigen Völker anzusehen sind, werden auch die kirchlichen Gegebenheiten, soweit sie von nationalitätenpolitischer Bedeutung sind,³¹ angesprochen.

Die Darstellung bezieht sich auf die volkstumpolitische Situation der beiden ungarndeutschen Volksgruppen der Siebenbürger Sachsen und der südungarischen „Schwaben“, da zwischen ihnen, trotz ihrer unterschiedlichen historischen Entwicklung, in dem zu betrachtenden Zeitraum auf kultureller, aber auch auf politischer Ebene sich ständig enger gestaltende Wechselbeziehungen festzustellen sind.

¹ Gerhard Seewann, Mitarbeiter des Südost-Instituts München, weist darauf hin, dass Ungarn 800 Jahre lang ein Land religiöser und ethnischer Toleranz geblieben sei, und erst die mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzenden Bestrebungen, aus diesem multinationalen Land einen ungarischen [magyarischen] Nationalstaat zu schaffen, hätten den wertvollen Konsensus seiner vielsprachigen Bürger, die ethnische Differenz gegenseitig zu achten, zerschlagen. 1

Der Schweizer Historiker Urs Altermatt erinnert in diesem Zusammenhang an das schreckliche menschliche Elend, das der geradezu zu einer Konstante der europäischen Geschichte gewordene von ihm so bezeichnete Ethnonationalismus insbesondere im 20. Jahrhundert verursachte, da er die staatlichen Grenzen nach ethnisch-nationalen Prinzipien zu ziehen und somit durch Umsiedlungen, Vertreibungen, Säuberungen und Teilungen die Nationalitätenfrage zu lösen trachtete. 2

Während sich in Europa die Menschen ursprünglich dem Herrscherhaus und seiner Dynastie, aber nicht der Sprache und der Kultur verpflichtet fühlten, die Sprache für das Gemeinschaftsgefühl der Völker also noch nicht dieselbe Bedeutung wie später im 19. und 20. Jahrhundert besaß, gab erst die Französische Revolution dem sprachnationalen Prinzip die demokratische Legitimation, so dass sich künftig fast überall in Europa die Staaten nach sprachnationalen Grundsätzen organisierten und eine einzige Nationalsprache als Staatssprache proklamierten. 3

Der Schriftsteller Jiri Gruša, 1997/98 tschechischer Kultusminister und nach dem Sturz des kommunistischen Regimes in Prag Vertreter seines Heimatlandes als Botschafter zunächst in Bonn und später in Wien, spricht von dem historischen Erbe Ostmitteleuropas, das, obwohl diese Region ein Konglomerat vieler Völker war und immer noch ist, unter dem Motto „la nation seule et indivisible“ eine Gleichschaltung seiner ungleichen Teile verursacht hat. Nicht zuletzt auch mit Hilfe patriotischer Dichter galten somit die „anderen“ als Fremde, die daher benachteiligt oder gar gezwungen wurden, das Land zu verlassen. 4

² Und wenn Lehrer ihre ungarndeutschen Schüler nach dem Unterricht für den Heimweg mit der Ermahnung „nem szabad az utcán németül beszélni!“ (ihr dürft auf der Straße kein Deutsch sprechen) entließen, so beinhaltet allein dieser Satz jenen Zeitgeist des Nationalismus, der in seiner chauvinistischen Entartung so viel Unglück über unseren Kontinent gebracht hat. 5

Eine andere Variante dieses ungarischsprachigen Satzes führt Anton Peter Petri in seinem Werk „Heimatbuch der Marktgemeinde Neuarad im Banat“ an, indem er dort erwähnt, dass bis zum Jahre 1918 in jedem Klassenzimmer der Klosterschulen eine Tafel mit dem Hinweis hing: „Az iskolában németül beszélni nem szabad!“ („In der Schule darf man nicht deutsch sprechen!“). 6

Wie die nachfolgende Darstellung erkennen lässt, basiert in Ungarn der Nationalstaatsgedanke offenbar maßgeblich auch auf jener eine ethnische Homogenisierung anstrebende, von der deutschen Romantik geprägte Idee, die, wie der Historiker Micha Brumlik betont, den Nationalstaat, anders als die revolutionär-französische oder US-amerikanische Tradition, nicht als eine der Zukunft zugewandte Rechtsgemeinschaft, sondern als eine die Kultur der Herkunft schützende Lebensgemeinschaft ansieht. 7

Möglicherweise die Realität der politischen Verhältnisse in Frankreich doch zu sehr idealisierend, sprach, auf Ungarn bezogen, Anfang des 20. Jahrhunderts Emile Bourgeois, Professor der Universität Paris, hinsichtlich des hier erwähnten Gedankenguts des deutschen Nationalismus von der „germanischen Wissenschaft“ des auf der Überlegenheit eines Idioms gründenden Rassenrechts, das, im Gegensatz zum französischen Nationsbegriff, der das Recht der Nation lediglich auf die freie Zustimmung der Bürger stelle und den Völkern Frankreichs die eigene Sprache belasse, nur die Isolierung und die für den europäischen Frieden verderbliche Gewalttat und Eroberung bedeute. 8

Diesem Gedanken Emile Bourgeois' offensichtlich widersprechend, sei nach Ansicht Ludwig Gogoláks die die „anderen“ Sprachen, „Dialekte usw. innerhalb des Staatsgebietes überwindende National- und Staatssprache sehr wohl ein Ideengut französischen Kultur- und Staatsdenkens, aus dem die erwähnte, auf Ungarn bezogenen deutschen Einflüsse hervorgegangen seien. 9

³ Der ungarische Historiker Zoltán Szász sieht vielmehr in dem Vater Kálmán Tisza, ungarischer Ministerpräsident von 1875 bis 1890, den "Zermalmer der Nationalitäten". 10

Es ist dies sicher jenes Denken, dass in der Durchsetzung des nationalsozialistischen Vernichtungswillens wohl seinen grauenhaften Höhepunkt erreicht hat und das der ungarische Schriftsteller György Konrád folgendermaßen formuliert: „... Die nazistischen Führer wussten 1944 bereits, dass sie den Krieg verloren hatten, sie hätten ... die Vernichtung der Juden einstellen können, aber nein, sie erhöhten das Tempo. Wer noch vor der Niederlage ausgerottet werden kann, den müssen wir ausrotten! Wenn es nicht möglich ist, die Verbündeten zu erledigen, dann müssen wir wenigstens diejenigen vernichten, die auf sie als ihre Befreier warten. ...“ 11

⁴ Andreas Oplatka, 1942 in Budapest geboren und in den ungarischen Revolutionswirren 1956 in die Schweiz emigriert, war als langjähriger politischer Osteuropakorrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ nicht nur in Budapest, sondern auch in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks tätig. 12

⁵ Das zeigt in unserer Zeit, am Ausgang des 20. Jahrhunderts, als Beispiel, gerade auch die Sprengkraft, die die Ideologie des großserbischen Nationalismus unter Slobodan Milosevic in Jugoslawien freisetzte und, bezogen auf die Geschichte des albanischen Volkes im Kosovo ist der Tageszeitung in diesem Zusammenhang zu entnehmen: „... Wer sich etwas in die Geschichte vertiefte, konnte erfahren, dass es schon Anfang des 20. Jahrhunderts in Serbien Bestrebungen gab, die albanische Bevölkerung aus dem Kosovo zu vertreiben. Die Denkschrift von Vasa Cubrilović, der ein systematisches Vorgehen der Behörden im Kosovo zur Vertreibung der Albaner eingeklagt hatte, setzte sich bis 1939 tatsächlich durch. Zehntausende muslimische Albaner wurden in die Türkei und nach Albanien abgeschoben, hunderttausende hätten es sein sollen. In den fünfziger Jahren war Cubrilovic Ratgeber des berüchtigten jugoslawischen Innenministers Jovan Rankovic. Und wieder wurden Zehntausende Albaner aus dem Kosovo vertrieben, um die ethnische Zusammensetzung des Kosovo zugunsten der Serben zu verändern. Das serbische Militär baute 1998 systematisch seine Stellungen so auf, dass es das gesamte Territorium mit seiner Artillerie erreichen konnte. Und so waren die militärischen Grundlagen geschaffen ... [für] die systematische [Durchführung der] Vertreibung der Albaner ...“ 13

5a Schon Mitte des 19. Jahrhunderts bekannte der ungarische Freiherr Gabriel von Pronay: "Ungarn ist eine Taschenausgabe Europas – Die Verschiedenheit des Klimas, des Bodens gebildet durch seine geographische Lage, bieten im Kleinen die größte Mannigfaltigkeit dar und so formen Klima, Erdoberfläche, Naturprodukte, Menschen und ihre Sprache eine Musterkarte europäischer Mosaik ..." 13a

5b So vollzog sich wohl auch auf dem Gebiet des historischen Ungarn jener Zusammenstoß der beiden in Europa auf engstem Raum koexistierenden politischen Ordnungsmodelle: Imperium und Nation, der nach Ansicht des Historikers Lutz Raphael eines der Merkmale des Weltkriegszeitalters ist. 13b

6 Dass man offenbar aus den Fehlern der Vergangenheit des 19. und 20. Jahrhunderts gelernt hat, scheint in heutiger Zeit auch am Beispiel des multiethnischen Staatsgebildes Bosnien-Herzegowina auf dem Westbalkan deutlich zu werden, wo unter dem Einfluss der Europäischen Union und der USA alle Entscheidungen auf der Grundlage eines wenn auch oft schwer zu erreichenden Kompromisses aller drei konstitutiven Völker (Kroaten, Serben und Bosniaken) getroffen werden müssen. 14

⁷ Wohl nicht zuletzt wegen der sicherlich primär auf einer durch die historische Entwicklung aufgezeigten leidvollen Erfahrung beruhenden Erkenntnis, dass das Institutionssystem des Nationalstaates in Osteuropa nicht anwendbar ist, hat die im November 1989 verabschiedete neue Verfassung der Republik Ungarn erstmals die Minderheiten in Ungarn als staatsbildenden Faktor deklariert. 15

⁸ Schon im Vormärz und dann besonders im Revolutionsommer des Jahres 1848 erkannt als einer der wenigen seiner Zeit der ungarische Reformpolitiker Graf Stephan Széchenyi die verhängnisvoll destabilisierende Wirkung des Sprachnationalismus in einer Region wie der des historischen Ungarn, und rief deshalb nachdrücklich dazu auf, den Nationalismus im Zaum zu halten (vgl. S. 349 f.)

Und sich auf das Werk „Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne“ des Historikers Wolfram Siemann beziehend, schreibt die Süddeutsche Zeitung: „... [So bekämpfte bereits] Metternich [1773-1859] ... den Fortschritt ... vor allem in seiner Gestalt als Nationalitätenprinzip, dessen auf lange Sicht zerstörerische Konsequenz er ... prophetisch erkannte. Dass es Europa mit dem Postulat geschlossener Territorien mit einheitlicher Nationalität in den Abgrund reißen müsse, hat er mehrfach formuliert ...“ 16

Da demzufolge da nationale Prinzip keinen staatstragenden Charakter haben, also keine Nationalität den anderen übergeordnet werden dürfe und dieses Ziel nur durch eine lockere föderative, die unterschiedlichen historischen Traditionen achtende Vereinigung mit einer monarchischen Spitze erreicht werden könne, lehnte Metternich eine Magyarisierung Ungarns ebenso ab wie die Germanisierung der österreichischen Gesamtmonarchie. 17

⁹ Leid ist die zentrale Erfahrung des 20. Jahrhunderts. Es hat in der neuen rumäniendeutschen Nobelpreisträgerin für Literatur eine markante, unverwechselbare Sachwalterin und Stimme ...“, schreibt die Zeitung „Die Welt“ vom Oktober 2009. 18

¹⁰ Charles de Gaulle sagte: „Le nationalisme, c'est la guerre, tôt ou tard (Der Nationalismus bedeutet Krieg, früher oder später.)“ 19

¹¹ Der ungarische Staatspräsident Ferenc Mádl nimmt möglicherweise auch Bezug auf die Nationalitätenpolitik des historischen Ungarn, wenn er im Jahre 2004 bekennt, dass der Anerkennung der kollektiven Rechte der nationalen Minderheiten für die Ruhe in „unserer“ Region herausragende Bedeutung zukomme. 20
Auch der von der rechtskonservativen Regierung ausgearbeitete Entwurf einer neuen Verfassung anerkennt alle in Ungarn lebenden Nationalitäten und Ethnien als „konstituierende Teile“ der ungarischen Nation. 21

¹² Ebenso habe 1954 der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi, wenn er von „unserem Vaterland Europa“ sprach, die Zugehörigkeit und das Bekenntnis zum eigenen „nationalen Vaterland“ nicht auflösen, sondern nur zum Ausdruck bringen wollen, dass die nationalen Vaterländer, das Gemeinschaftseuropa, durch gemeinsame Institutionen verbunden und durch die Geltung gemeinsamen Rechts geeint werden. 22

¹³ Auf die Zeit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bezogen bezeichnet der siebenbürgisch-sächsische Gymnasiallehrer aus Mediasch, Stephan Ludwig Roth, die in seiner Heimat Siebenbürgen ausgetragenen Sprachkämpfe als einen Abfall von der Humanität. 23

¹⁴ Dieses Reichtums ist sich wohl schon der ungarische Schriftsteller und Staatsmann Josef Freiherr von Eötvös, im Kabinett Batthyány 1848 Kultus- und Unterrichtsminister, Mitte des 19. Jahrhunderts bewusst gewesen, wenn er betont: „Die Nationalität ist der Keim der schönsten Handlungen, die Grundlage jenes edlen Strebens, womit ein Volk das andere zu übertreffen sucht, und wodurch der Fortschritt der Menschheit bedingt wird.“ 24

14a Und bezogen auf den Bereich der Wissenschaft konstatiert Peter-André Alt, Professor für Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Präsident der Freien Universität Berlin: "Die Teilhabe an einem globalen Wissenschaftsenglisch, das vorwiegend fachsprachlich geprägt, aber nicht mehr stilistisch nuanciert ist, führt zur Verflachung der Wissenschaftssprache. Sie ebnet das Besondere ein, steigert die Anpassung an eine allgemeine Normierung und beseitigt Nuancen. ... wir brauchen heute eine vielsprachige Wissenschaft, die es erlaubt, die Gleichförmigkeit eines weltweiten Jargons zu vermeiden und Denkstile unterschiedlichster Art auszuprägen. Globale Verständigung, wie sie das Englische gewährt, sollte die Individualität gelehrter Sprachen nicht ausschließen. Zu erhalten ist die Vielfalt und Nuanciertheit des individuellen Ausdrucks ... Nur so kann Wissenschaft durch die Klarheit ihrer Aussagen breiter wirken und eine ihrer vorzüglichsten Aufgaben erfüllen: die, ein Vorbild zu sein für genaues Denken." 24a

14b Angesichts der EURO-Krise gibt der Historiker Heinrich August Winkler im Jahre 2011 jedoch zu bedenken: "Das Ziel einer politischen Union ist dringender denn je. Probleme wie die Schuldenkrise würden in den Vereinigten Staaten von Europa, einer europäischen Föderation, viel leichter zu lösen sein als im jetzigen Zwischenstadium eines Staatenverbundes. Die Verhältnisse üben einen Druck aus, der in Richtung eines Integrationschubs weist: mehr Europa, nicht weniger. ..." 25

¹⁵ Anlässlich der Eröffnung der Berliner Akademie der Künste am Pariser Platz im Mai 2005 fordert der Schweizer Schriftsteller und Akademiepräsident Adolf Muschg angesichts der Selbstbedrohung der Zivilisation das Gelingen der Europäischen Union, die er als ein in der Menschheitsgeschichte nicht vergleichbares Projekt bezeichnet. Muschg plädiert aber innerhalb der Union für den Erhalt der Nationalstaaten, da in ihrem Rahmen das Europäische an Europa immer noch am besten verankert sei. 26

15a So beispielsweise verbietet das Bundesverfassungsgericht Deutschland den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat, wohl gemäß dem Grundsatz, nach dem der europäische Einigungsprozess nur so weit gehen darf, dass den Mitgliedstaaten „ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse bleibt.“

15b „Europa, will es sich als selbständige politische Kraft neben den USA behaupten, wird nicht umhin kommen, selbst imperiale Merkmale zu übernehmen und imperiale Fähigkeiten zu entwickeln“, so der Historiker Herfried Münkler. 27

Als Rechtfertigung imperialer Ordnung im Interesse der Konsolidierung Europas ist gerade auch der von Münkler angesprochene Aspekt des Friedens bestimmend, dem die Überzeugung zu Grunde liegt, dass nur großräumige, zentral beherrschte politische Ordnungen jene permanenten Kriege um die Festlegung beziehungsweise Verschiebung von Grenzen vermeiden könnten, wie sie mit kleinräumigen Ordnungen zwangsläufig verbunden seien. 28

¹⁶ So macht beispielsweise in dem Bewusstsein, dass die immer schnellere Globalisierung traditionelle regionale und lokale Kulturen, Bräuche und Lebensweisen bis hin zu Medienlandschaften und Sprachen von Minderheiten